

Paul Schmidt

Unser Weg

als Bund
Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden
in den Jahren 1941–1946

bruederbewegung.de

Zeichengetreuer Abdruck des Originals. Sperrdruck der Vorlage ist durch Kursivdruck, Antiqua durch Groteskschrift wiedergegeben. Die Seitenzahlen des Originals sind in eckigen Klammern und kleinerer, roter Schrift eingefügt.

© dieser Ausgabe: 2009 bruederbewegung.de
Textfassung und Satz: Michael Schneider
Veröffentlicht im Internet unter
<http://www.bruederbewegung.de/pdf/schmidtweg.pdf>

bruederbewegung^{.de}

P A U L S C H M I D T

Unser Weg

als Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden
in den Jahren 1941–1946

Bericht an den Bundesrat in der Sitzung vom 24.–26. Mai 1946 in Velbert

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. US-W-1008 der Nachrichtenkontrolle
der Militärregierung im Verlag J. G. Oncken Nachf., Stuttgart
Gedruckt 1946 bei Richard Bechtle in Eßlingen a. Neckar

Dem Bericht, der mit kurzen Strichen die Zeit seit der Bundeskonferenz in Berlin im Februar 1941 bis heute zu berücksichtigen hat, seien vorangestellt das Wort des Propheten Jeremia: »Über den Zusammenbruch der Tochter meines Volkes bin ich gebrochen; ich gehe trauernd einher, Entsetzen hat mich ergriffen! Gibt es denn keinen Balsam in Gilead, oder ist kein Arzt da? Ach, warum ist der Tochter meines Volkes keine Heilung zuteil geworden? Oh, daß doch mein Haupt zu Wasser würde und mein Auge zum Tränenquell! Dann wollte ich Tag und Nacht weinen um die Erschlagenen der Tochter meines Volkes!« Und das Wort Jesu: »Ich will bauen meine Gemeinde, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen.« Das Prophetenwort drückt die Not und den Kummer aus, in dem auch wir leben, und das Heilandswort spricht souverän von der Unüberwindbarkeit der Gemeinde Jesu, an die auch wir glauben und wodurch wir getröstet werden.

Die Zeit seit Februar 1941 will von uns im Zusammenhang überschaut werden. Dabei ist es wichtig, daß wir uns in jene Zeit, die vor dem Zusammenbruch war, hineinversetzen, und nicht nur post festum von heute zurückschauen und urteilen. Nur, wenn wir so verfahren, gewinnen wir selber einen brauchbaren Maßstab und können wir anderen gegenüber in Ruhe und Besonnenheit, wo es nötig ist, Rechenschaft geben.

Die Bundeskonferenz 1941 in Berlin

Die große und gesegnete Bundesversammlung in Berlin brachte den Abschluß der langjährigen brüderlichen Besprechungen mit den uns glaubensverwandten Christengruppen neben uns. Als wir zur letzten gemeinsamen Beratung mit allen Gruppen der Vereinigung Evangelischer Freikirchen im Sommer 1939 in Patmos zusammen waren, sah es so aus, als ob die weiteren Besprechungen ruhen müßten, weil eine Übereinstimmung aller freikirchlichen Gruppen nicht zu erreichen sei. Der Krieg brachte dann sowieso einen Stillstand in allen Besprechungen, und auch die Gespräche zwischen dem Bund freikirchlicher Christen und dem Bund der Baptistengemeinden sollten während der Kriegsdauer ruhen. Als sich aber am Ende des Jahres 1940 immer deutlicher die Tatsache zeigte, daß der Krieg noch wahrscheinlich lange dauern werde, griff Br. H. Becker die Besprechungen [4] wieder auf mit der Begründung, daß es ihm bei dem Umfang seines Kriegsdienstes unmöglich sei, die Verantwortung für den BfC. in der notwendigen Weise weiterhin zu tragen. Es kam dann schnell zu einer vollen Vereinbarung zwischen den leitenden Brüdern des BfC. und der Baptisten, es wurden beim damaligen Kirchenministerium Erkundungen über die Möglichkeit der Zusammenlegung beider Bünde eingeholt und gleichzeitig wurde die bereits ausgearbeitete Verfassung vorgewiesen. Es ergab sich, daß der Zeitpunkt für die Zusammenlegung nicht günstig sei, daß aber der uns wohlgesinnte Referent im Kirchenministerium sich bereit erklärte, alles zu tun, um die Zusammenlegung der Bünde und die Genehmigung der Verfassung dennoch zu erreichen. Die Konferenz nahm dann die vorgelegte Verfassung in überwältigender Mehrheit an und beschloß in großer Einmütigkeit die Zusammenlegung der Bünde auf Grund der angenommenen Verfassung mit der damit verbundenen Namensänderung. Der Konferenzsonntag am Tisch des Herrn am Vormittag und in der großen Versammlung am Nachmittag bleibt für alle Teilnehmer eine starke Erinnerung für immer.

Die Verfassung, die der Bundesversammlung vorgelegt und von ihr angenommen wurde, ist nicht von einer politischen Partei oder Behördenstelle uns auferlegt oder auch nur in den einzelnen Teilen gefordert und geformt worden. Sie ist von uns aus dem Zusammenschluß der Bünde und aus eigenem Willen entworfen und gestaltet worden. Bei

der Formung, die von Brüdern beider Bünde vorgenommen wurde, ergab sich eine Einmütigkeit für die Gestalt, die sie schließlich erhielt. Die Schwierigkeiten lagen darin, daß der BfC. als frühere Christliche Versammlung und auch nach seiner Verbindung mit den Offenen Brüdern an feste Organisationen geschriebener Art wenig oder gar nicht gewöhnt war, während die Baptisten von Anfang ihrer Geschichte an eine gewisse Satzungs- und Ordnungsfreudigkeit kennen. Die Tendenzen des Staates und der Partei, in immer stärkerer Weise das organisierte Christentum aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen und zur Verschrumpfung zu bringen, wirkten sich zu der Zeit in der Unterbindung der christlichen Presse, in der immer stärkeren Behinderung der Jugendarbeit und der Kinderarbeit, in der völligen Unmöglichkeit, die Vorgänge im öffentlichen Leben mit christlichen Maßstäben zu messen und christliche Grundsätze zur Geltung zu bringen, klar erkennbar aus. Daß unser Zusammenschluß mit seiner neugeformten Verfassung nicht nach dem Willen der maßgebenden Geheimen Staatspolizei erfolgte oder gar von ihr gefordert wurde, geht schon aus der Tatsache hervor, daß erst im Oktober 1942 das Kirchenministerium die staatsaufsichtliche Genehmigung für die Verfassungsänderung geben konnte. Es waren nur noch wenige unter uns, die überhaupt an eine Genehmigung glaubten, und sie hatten nicht einmal so ganz starken Grund dafür. Nur dem ununterbrochenen Bemühen des Referenten im Kirchenministerium unter Ausnutzung einer sich ihm bietenden günstigen Situation ist es, menschlich gesehen, zu verdanken, daß es überhaupt zur Genehmigung kam. Die Geheime Staatspolizei hat sowohl gegenüber Br. H. Becker wie auch Br. P. Schmidt ihre Meinung über den Zusammenschluß unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, und hat versucht, den Zusammenschluß zu hintertreiben.

Der Zusammenschluß

Die Baptisten hatten durch den Zusammenschluß mit den Elimgemeinden bereits eine kleine Erfahrung in den Aufgaben, die sich aus einem solchen Zusammenschluß ergeben. Der Grundsatz, Mannigfaltigkeit der Erkenntnisse in der Einheit der Darstellung und der Bruderliebe zu gewährleisten, will in der Praxis erprobt werden. Br. Walter Vogelbusch kam zum April 1941 als Mitarbeiter ins Bundeshaus nach Berlin. Die Zusammenarbeit im Bundeshaus verlief in jeder Hinsicht harmonisch und fruchtbar bis zum Februar 1943, da Br. Walter Vogelbusch aus Gesundheits- und Geschäftsrücksichten die feste Mitarbeit in Berlin aufgeben mußte. In der Bundesleitung ergab sich das Zusammenarbeiten in ganz großer Einmütigkeit ohne jede Reibung und Differenz. Es zeigte sich immer wieder, daß sowohl in den Fragen des Zusammenschlusses und der Beratung auch schwieriger Dinge die brüderliche Gemeinschaft stärker war als wir es vermuten konnten. Auch in der Beurteilung des gemeinsamen Weges durch die immer gefährlicher werdende Zeit und unseres Verhaltens gegenüber den Dingen um uns her, war es so einhellig und einmütig, ohne daß lange Debatten notwendig waren, daß man darüber [6] staunen mußte und Gott anbeten konnte. Das zeigte sich bei den gemeinsamen Richtlinien für die Zusammenfügung verschieden gewachsener Gemeinden, bei der Ausarbeitung und Annahme des Glaubensbekenntnisses, bei der Annahme der Richtlinien für eine Mindestbesoldung unserer Prediger, bei der Annahme der Ruhegeldordnung, bei der Beurteilung und Formung des Dienstes der Reiseprediger nach den Notwendigkeiten der immer strenger werdenden Kriegsforderungen, wie auch bei der Behandlung von Schwierigkeiten, die beim Zusammenleben kleinster Gemeinden an kleinen Orten entstehen wollten; vor allen Dingen auch bei der Liquidation des beschlagnahmten Grundeigentums und dessen Überführung auf den Bund. Das alles gab uns immer wieder von neuem die Bestätigung, daß Gott unseren Zusammenschluß vorbereitet habe und daß wir den neuen Weg im Glauben ohne alle Nebenabsicht

beschritten hatten. Die äußeren Umstände wurden stets nur gewertet als eine Veranlassung, diesen Zusammenschluß besser zu ermöglichen. Immer wieder waren und sind wir darüber von Herzen froh, daß unsere ersten Gespräche über unseren Zusammenschluß fruchtbar und erfolgversprechend vor dem Verbot der Christlichen Versammlung geführt wurden. Die Verschmelzung der beiden Bünde kann niemals als eine Forderung politischer Instanzen angesehen werden, sondern muß immer als eine Fügung Gottes zur Vermehrung des christlichen Zeugnisses in unserem Vaterland erkannt und gewertet werden. Alles andere sind Nebengeräusche und Nebenerscheinungen, wie sie bei allen großen und grundsätzlichen Geschehnissen auch im Reiche Gottes wahrzunehmen sind. Die Hemmungen des Krieges, wie das Fehlen der christlichen Presse, der Ausfall der Konferenzen und der gemeinsamen Jugendarbeit, erschwerten das Zusammenleben der Gemeinden ganz außerordentlich und verhinderten die praktische Durchführung der Einheit bis in die letzte Gemeinde hinein ganz wesentlich. Bei den verantwortlichen Brüdern haben aber alle diese Hindernisse ernsthafte Schwierigkeiten nicht auslösen können. Br. Walter Vogelbusch hat in seiner Mitarbeit von Kettwig aus das Gemeinsame genau so stark betont wie von Berlin aus. Es ergab sich sehr oft, daß bei Meinungsverschiedenheiten Br. Vogelbusch den Standpunkt der Baptisten erläuterte und vertrat und Br. Paul Schmidt den Standpunkt des BfC. würdigte.

[7] Unsere Haltung und unser Weg

Der große politische Umbruch in Deutschland im Jahre 1933 hat weder bei den Baptisten, noch bei der Versammlung, noch bei der Elimbewegung einen innerkirchlichen Kampf und Streit ausgelöst. Einen Einbruch, wie die evangelische Kirche ihn erlebt und durchzuhalten hatte, blieb uns in jeder Hinsicht erspart. Die innergemeindlichen Kräfte waren so stark und blieben maßgeblich, daß von einer innerkirchlichen Revolution nicht gesprochen werden kann. Als im Jahre 1933 bei der Bundeskonferenz in Berlin nationalsozialistisches Formaldenken aufkommen wollte, wurde es weithin zurückgedrängt. Es kam aber doch zu einer Umbildung der Bundesleitung im Sinne des Denkens in der deutschen Umwelt. Im Jahre 1936 wurde das vollständig revidiert, nachdem eindeutig klar geworden war, daß der Akt von 1933 in keiner Hinsicht notwendig war und sich als Fehlansatz erwiesen hatte. Irgendein Schaden tiefergehender Art ist in unserem Bundeswerk dadurch nicht entstanden, aber es wurde durch die Praxis die Meinung überwunden, als müsse die Gemeinde jeweils die in der Umwelt geltenden Grundsätze etwa der Demokratie oder der Diktatur bei sich voll zur Anwendung bringen. Es wurde vielmehr die biblische Meinung vertieft, daß in der Gemeinde Jesu wohl Raum sei für Form- und Leitungsmannigfaltigkeit, daß aber die in der politischen Welt geltenden Grundsätze etwa der östlichen Demokratie oder westlichen Demokratie oder auch der Diktatur nationalsozialistischer oder faschistischer Art keineswegs geeignet seien, das Leben in einem Bund von christlichen Gemeinden zu bestimmen und zu ordnen. Bei den Berufungen von Männern in den Bundesdienst wie auch in den Gemeindedienst kam der Grundsatz zur Anerkennung, daß nicht nach der politischen Stellungnahme zu fragen sei, sondern einzig und allein nach der christlichen Persönlichkeit und nach der persönlichen Eignung für den zu vergebenden Dienst. Dieser Grundsatz wird sich als stark erweisen auch in den Schwankungen der Gegenwart und der nahen Zukunft. Wird dieser Standort verlassen, dann wird sofort eine Unsicherheit entstehen und der gemeindefremden Denkart wird Raum und Recht gegeben. Das kann bei der Labilität des gegenwärtigen Weltzustandes verhängnisvolle Folgen haben.

Die Haltung des Bundes im totalen Staat ergab sich immer wieder von [8] neuem aus der Verpflichtung, die der Apostel Paulus in Römer 13 der Gemeinde auferlegt hat. Das klare Wort von Römer 13 kann nicht gut umgebogen oder nur für besondere Verhältnisse bindend erklärt werden. Dieses Wort aber verwehrt der Gemeinde eine politisch-revolutionäre Haltung und verpflichtet sie auch für Zeiten, die dem einzelnen und seinem persönlichen Freiheitsstreben sehr entgegen sind. Die Frage, muß die Gemeinde, muß der Bund sich nicht erheben und müssen sie nicht in das politische Hoheitsgebiet hineinsprechen, auch wenn damit ihre äußere Existenz aufs Spiel gesetzt wird, hat uns oft bewegt und ist mehr als einmal erörtert worden. Immer wieder wurde die Frage in das Licht von Römer 13 gerückt und immer wieder wurde von neuem erkannt, daß das große Nein der Gemeinde Jesu gegenüber dem Staat und seiner Führung erst dann zu sprechen sei, wenn die Verkündigung des Evangeliums verboten werde und die persönliche christliche Lebensführung desgleichen. Immer wieder gewann die Überzeugung die Oberhand, daß der Einsatz der Gemeinde, auch wenn es dadurch zu ihrer Auflösung komme, dann gerechtfertigt sei, wenn sie zu sprechen habe, man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Dabei setzte sich immer wieder die Meinung durch, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen war, aber auch die andere Auffassung, daß er jeden Tag eintreten könne.

Die Haltung des Bundes im totalen Staat war von der Leitung also durchaus immer wieder bedacht und umbetet und in vollem Bewußtsein der Verantwortung geübt worden. Stark mitbestimmend wirkte oft das positive Moment, den Evangeliums- und Missionsdienst mit vollem Einsatz bis zur äußersten Möglichkeit durchzuführen. Der missionarische Gedanke überwog alle anderen Erwägungen, auch die eines etwaigen Gewinnes durch öffentlichen Widerspruch und die daraus sich ergebenden Folgen für die Gemeinde. Immer wieder sahen wir den größeren Gewinn darin, den Evangeliumsdienst so lange wie nur möglich und so stark wie nur möglich zu tun, als ihn zu früh aufs Spiel zu setzen. Der sich daraus ergebende Gewinn erschien uns größer als der etwaige Gewinn eines zu früh herbeigeführten Verbotes. Und so ist es gekommen, daß wir heute rückschauend von einem gesegneten starken Zeugnisdienst der Gemeinden durch die Jahre hindurch sprechen können, daß wir aber auf keine beson- [9] dere Reihe von KZ.- oder anderen Märtyrern hinzuweisen vermögen. In einzelnen Fällen aber haben auch unsere Prediger um ihres klaren Zeugnisses willen den Unwillen der Staatsführung erregt und haben die daraus sich ergebenden Folgen der Verantwortung und Bestrafung auf sich genommen.

Unsere Arbeiten und Dienste

Weithin erkennbar und im Mittelpunkt unserer missionarischen Tätigkeit stand unsere Ostmission. Für sie wurde gern und viel geopfert. Sie wurde viel geliebt und viel umbetet. Allein die Bilanzen für die Jahre 1942 und 1943 weisen einen Betrag von etwa einer halben Million für diesen Dienst auf. Die Arbeit umfaßte die deutsche und die slawische Mission in den Gebieten Ost- und Südosteuropas. Es kam zur Ausbildung slawischer Brüder in unserem Predigerseminar und auf unserer Bibelschule. Es wurde der Druck von ukrainischen Bibelteilen und Neuen Testamenten in hoher Auflage veranlaßt und teilweise durchgeführt. Es wurden Gaben der Liebe in vielen Kleinsendungen und in einer großangelegten Großsendung nach dem Osten geschickt. Es erhielten die Prediger in den Ostgebieten, soweit es nur möglich war, regelmäßige Geldunterstützung. Es wurde die Wiederaufrichtung [sic] christlicher Gemeinden in weiten Teilen des Ostens nicht nur gefördert, sondern auch durchgeführt. Ergreifende und frohmachende Berichte haben immer wieder den Wert und die Wichtigkeit dieser Arbeit bestätigt. Fürwahr, die Durchführung dieses

Dienstes allein war groß genug, um die Leitung des Bundes zu bewahren, allzufrüh Leben und Wirksamkeit des Bundes aufs Spiel zu setzen.

Die Seminararbeit konnte in Hamburg bis zum Jahre 1943 durchgeführt werden. Zuletzt waren zumeist nur slawische Schüler vorhanden. Vom Jahre 1943 bis 1944 mußte die Seminararbeit in der Bibelschule in Wiedenest getan werden. Das Seminarjahr 1944/45 mußte ganz ausfallen.

Unser Verlagswerk wurde schwer getroffen durch das Verbot der christlichen Presse im Juni 1941, durch die Schrumpfung der christlichen Buchproduktion und schließlich im Oktober 1943 durch die Vernichtung des Verlagshauses durch Bombenangriff.

[10] Unser Jugend- und Sonntagsschuldienst litt sehr unter der immer stärker werden den Beanspruchung der Jugend durch Partei und Kriegsdienst und durch die Einberufung der Hilfskräfte für den Lehrdienst.

In hohem Umfang wurde die Verbindung mit den zum Wehrdienst einberufenen Predigern aufrechterhalten, wurde auch immer wieder von neuem Hilfe für die vielen bombengeschädigten Familien geleistet. Es war wirklich ermutigend, anzusehen, wie in den Gemeinden auch unter schwierigen und schwierigsten Verhältnissen der Dienst der Verkündigung und der Seelsorge aufrechterhalten wurde. Je schwieriger die Verhältnisse wurden, um so stärker und überzeugender erwies sich die Lebens- und Zeugniskraft der Gemeinde in allen Gebieten des Landes. Einzelheiten über die einzelnen Missionsgebiete können noch bei einer anderen Gelegenheit von den berufenen Brüdern gegeben werden.

Unsere Widerstände und Nöte

Es ist keineswegs so, als ob unsere Haltung gemäß Römer 13 nun für uns alle Türen offen gehalten hätte und alle Bedrängung und Einengung von uns genommen wären. Wenn die Frage auftaucht, aber wie konntet ihr überhaupt so verhältnismäßig gut durch die gefährliche Zeit kommen, dann muß immer wieder folgendes gesagt werden: Unsere innere Geschlossenheit, die uns vor einem Kirchenkampf bewahrt hat, hat uns vor den Strudeln und Strömungen in den ersten Jahren des totalen Staates bewahrt. Unsere verhältnismäßige Kleinheit und Bedeutungslosigkeit im deutschen öffentlichen Leben hat die Aufmerksamkeit der maßgeblichen Leute nicht auf uns gelenkt, besonders dann nicht, wenn in den Volkskirchen das Interesse der Staats- und Parteiführung besonders gebunden war. Und schließlich kann gesagt werden, daß der zuständige Mann im Kirchenministerium das Leben und die Belange der evangelischen Freikirchen sorgfältig und freundlich behandelte, ohne dadurch Nachteile für die Volkskirchen entstehen zu lassen. Im Laufe der Jahre aber, besonders durch unsere Zeltmission und später durch den Zusammenschluß, wurden die Augen der Geheimen Staatspolizei stärker auf uns gelenkt, und es wurde auch für uns immer schwieriger, unseren Dienst unangefochten zu tun.

[11] Zuletzt konnte man schon beinahe die Zeit errechnen, in der unter allerlei Vorwand stärkere Eingriffe, besonders in unser missionarisches Tun, das als Propaganda gedeutet wurde, zu erwarten war. Es wurde unser Zusammenschluß mit den Elingemeinden zum Anlaß genommen, uns den Vorwurf zu machen, wir hätten diesen Zusammenschluß nicht loyal entsprechend der Auffassung der Geheimen Staatspolizei durchgeführt. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten unsere missionarische Tätigkeit im Osten nur dazu benutzt, Propaganda zu machen. Ferner wurde uns vorgeworfen, daß wir durch die Verbindung mit Gemeinden der osteuropäischen Mission uns mit verbotenen Christengruppen vereint hätten, und daß wir damit gegen das nationalsozialistische Volksempfinden verstoßen hätten. Und schließlich wurde uns der seelsorgerliche und missionarische Dienst an den Menschen des Ostens in unserem Vaterlande, auch wenn sie Mitglieder

unserer Gemeinden im Osten waren, verboten. Der Dienst unserer Jugendgruppen wurde genau überwacht und selbst Spaziergänge wurden verboten und die Leiter der Gruppen in schwere Verhöre genommen und mit Strafen für die Zukunft bedroht.

Viele und zum Teil schwere stundenlange Verhöre vor der Geheimen Staatspolizei haben uns deutlich werden lassen, in welcher Umwelt wir unseren Dienst zu tun haben und was für die Zukunft auch für uns zu erwarten sei. Zwei gründliche Untersuchungen im Bundeshaus in der Regensburger Straße, die zur Beschlagnahme von Akten, zur Beschlagnahme des Kontos Ostmission und zur vorübergehenden Beschlagnahme der Reste der Liebesgabensendungen für den Osten führten, konnten uns nur bestätigen, daß die Geheime Staatspolizei auch vor der selbstlosen und lauterer christlichen Liebestätigkeit nicht haltmachte. Häufige Vernehmungen über kleine und kleinste Dinge, Verwarnungen in der Behandlung und seelsorgerlichen Betreuung unserer Brüder unter den Ostarbeitern, peinliche Überwachung all unseres Tuns, brachten uns immer wieder von neuem die Überzeugung bei, daß auch wir nach und nach in das helle Scheinwerferlicht der Gestapo-Beobachtung gerückt waren. In etlichen Gemeinden wurden die Vervielfältigungsapparate fortgenommen, nur weil die Gemeinde Briefe an ihre Soldaten vervielfältigte. Ein Bruder aus unserer Ostmission mußte zuletzt noch für elf Monate ins [12] KZ. wandern, nur weil er etwa 50 Neue Testamente in seiner Muttersprache in das Reichsgebiet brachte. Wenn wir das alles hinnahmen, ohne zu einem letzten öffentlichen Protest zu kommen, dann auch das aus den Gründen, die in Römer 13 genannt werden. Es war gewiß nicht immer leicht, bei all dem Geschehen stille zu halten, sondern das menschliche Aufbegehren lag nur allzunahe, und die Versuchung, es auch zur Tat werden zu lassen, stand täglich vor der Tür. Es ergriff uns, als einem unserer bewährten und bejahrten Prediger, der deswegen zur Verantwortung zur Gestapo berufen wurde, erklärt wurde, er habe nicht für den Frieden zu beten, sondern für den Sieg. Fürwahr, die Bedrängnis [sic] nahm je länger der Krieg dauerte und je gottloser die Methoden der Partei und der Regierung wurden, um so mehr zu und brachte tiefe und tiefste Not über viele unserer Mitglieder, besonders aber über die verantwortlichen Brüder. Das Seufzen wuchs, und das stille Beten um Erlösung von diesem großen Übel nahm weithin zu. Viele der Unseren kamen in schwersten inneren Konflikt, wenn sie an die Entwicklung in ihrem Vaterland dachten und nicht mehr die innere Freiheit gewannen, unter diesem Umstand für den Sieg ihres Landes zu beten. Es war nicht Blindheit, mit der wir geschlagen waren, sondern ein notvoller Konflikt erfüllte die Seelen vieler, und die daraus sich ergebende Spannung ging sehr oft über die vorhandene Kraft.

Unsere äußere und unsere wirtschaftliche Lage

Die äußere und wirtschaftliche Lage des Bundes und der Gemeinden wurde weithin beeinflußt durch die Flüssigkeit des Geldes, durch die Abwesenheit etwa der Hälfte unserer Prediger, die im Wehrdienst standen, und durch den gesteigerten Missionssinn. So kam es, daß wir keine Geldsorgen hatten, sondern daß sich der Bundesbesitz vermehrte. Die Bilanz für das Jahr 1943 weist ein Bundesvermögen an festen und beweglichen Werten und vorhandenen Geldmitteln in Höhe von RM. 1 553 726 auf. Eine große Anzahl von Kapellen, Gemeindehäusern allerlei Art, besonders von den früheren BfC.-Gemeinden wurden auf den Bund übertragen. Dieses Grundeigentum war nach vielem Bemühen für die Übergangung freigegeben worden, obschon es ursprünglich beschlagnahmt worden war. In dieser [13] Lage, in der wir alle missionarischen Möglichkeiten auszunutzen versuchten, konnten wir durch die Mindestbesoldung der Prediger und durch die Ruhegeldordnung eine Besserung und eine wünschenswerte Vereinheitlichung auf diesem Gebiet herbeiführen.

Das wurde weithin mit Dank und Freude begrüßt. Und es ist nur zu wünschen, daß diese gute Ordnung aufrechterhalten und durchgehalten werden kann. Beim Zusammenbruch Anfang Mai 1945 hatten wir einen Geldbestand von rund RM. 400 000. Rund RM. 185 000 von diesem Betrag sind in der östlichen Besatzungszone zur Zeit als eingefroren anzusehen. Von dem vorhandenen Wertpapierbestand in Höhe von RM. 751 000 sind Wertpapiere in Höhe von RM. 18 600 direkt in unserer Hand. Ein ganz wesentlicher Teil Geld- und Wertpapierbestände, etwa RM. 800 000, sind als Rücklage für unsere Ruhegeldverpflichtung anzusehen. Wieviel aus diesem Geld- und Wertpapierbestand noch einmal für uns nutzbar werden wird, ist nicht zu übersehen. Die allgemeine Ordnung für den Geld- und Wertpapiermarkt wird sicherlich noch kommen.

Am 1. Mai 1946 betrug der für uns verfügbare Geldbestand RM. 527 118. Die Einnahmen des Jahres 1946 bis zum 15. Mai betragen rund RM. 500 000. Von einer Eröffnungsbilanz per Mai 1945 und einer Bilanz für das Jahr 1945 ist im Einvernehmen mit unserem Buchprüfer Dr. Werner Braun bisher abgesehen worden, weil die Richtlinien für die Bilanzen noch nicht endgültig festliegen und weil uns eine Übersicht über die Bewertung der vielen zerstörten Gebäude und Gebäudeeinrichtungen noch fehlt.

Das Urteil des Reichsfinanzhofes, durch das wir als Bund steuerpflichtig werden sollten, weil wir keine Körperschaft öffentlichen Rechts des Reichs seien, wurde seinerzeit auf unsere Eingabe durch Verfügung des Reichsfinanzministers bis auf weiteres ausgesetzt. Nunmehr hat der Reichsfinanzhof jenes Urteil revidiert, und damit ist unsere Steuerfreiheit als Körperschaft des öffentlichen Rechts rechtlich wieder hergestellt. Sobald wie nur irgend möglich, wird eine Vermögensbilanz wieder aufgestellt werden.

Vor der Katastrophe

Je näher wir der deutschen Katastrophe kamen, um so stärker wurde das [14] von einzelnen gesehen und wurde es auch von unserer Bundesleitung erkannt. Gewisse stille Maßnahmen versuchten wenigstens äußerlich dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen. Unser Seminar wurde im Herbst 1944 stillgelegt, weil uns eröffnet wurde, es gehe nicht mehr an, in dieser Lage ein Seminar offen zu halten, besonders dann nicht, wenn es fast ausschließlich slawische junge Männer ausbilde. Im September 1944 wurde die letzte Sitzung des Arbeitsausschusses der Bundesleitung in Gießen gehalten. Die Brüder ahnten, was kommen würde. Es wurde beschlossen, wenn irgend möglich, in Essen, in Köln und in Frankfurt a. M. Postscheckkonten anzulegen. In Hildesheim wurde ein Bankkonto eröffnet. An ein Zusammentreten der gesamten Bundesleitung war schon längst nicht mehr zu denken. Vereinbart wurde auch, daß der Leiter des Bundeshauses mit einem wesentlichen Teil des ganzen Hauses weiter nach dem Westen gehen solle. Vorgesehen waren Hildesheim und Einbeck. Der Vorsitzende des Bundes, Br. F. Rockschie, der mit seiner Gemeinde natürlich in Berlin bleiben wollte und mußte, wollte den Bund in der östlichen Zone vertreten. Nach allen Vorbereitungen war zu erwarten, daß Berlin ein ähnliches Schicksal wie Budapest erleiden würde. Niemand dachte dabei daran, daß Berlin etwa ein russischer Sektor werden würde. Schon nach dem Verlust des Bundeshauses im November 1943 war ernsthaft daran gedacht worden, das Bundeshaus nach Bad Sachsa zu verlegen. Das Diakonissenhaus Tabea hatte sich in freundlicher Weise für die Aufnahme unserer Zentrale bereit erklärt. Aber viele Einsichtige sprachen damals gegen diese Verlegung. Die Aufrichtung eines Teiles des Bundeshauses in Hildesheim wurde im letzten Augenblick durch die fast völlige Zerstörung der Stadt vereitelt. Die Überführung der Sparkasse von Berlin nach Einbeck in den ersten Apriltagen war schon zu spät. Rückschauend kann gesagt werden, daß ein früheres Verlegen in mancher Hinsicht für uns günstiger gewesen wäre. Die Ster-

bekasse blieb in Berlin, auch ihre Verlegung nach dem Westen hätte uns, wie wir heute sehen können, wesentliche Vorteile gebracht. Aber es konnte damals ja nur nach bester Einsicht gehandelt werden.

Als die Katastrophe in Sicht war, lagen schon die meisten Häuser unserer Stadtgemeinden, besonders im Westen und in Mitteldeutschland in Trüm- [15] mern. Die sich daraus ergebende Versammlungsnot war groß. Zudem kam es trotz einer generellen Anweisung der höchsten Behörden noch immer wieder zu Beschlagnahmungen einzelner Gemeindegemeinschaften. Nur mit Mühe und Not konnten wir in vielen Fällen die Beschlagnahme wieder rückgängig machen. Seit Oktober 1943 bestand eine Verfügung des OKW., daß Geistliche nicht mehr zum Heeresdienst einberufen werden sollten. In vielen Fällen erreichten wir es, daß diese Verfügung auch auf uns Anwendung fand. Das Kirchenministerium war uns dabei stets sehr behilflich. In einzelnen Fällen aber ging man aber auch über unsere berechtigte und begründete Einsprache hinweg. Die Not der evakuierten Gemeinden und Familien wuchs von Woche zu Woche. Die zwischengemeindlichen Hilfsaktionen kamen ins Stocken, der Verkehr wurde schwächer und unsicherer und auch der Dienst unserer Reiseprediger vornehmlich wurde dadurch eingeengt und gestört. Über den Tag hinaus konnten kaum noch Maßnahmen getroffen werden und konnte kaum noch etwas geplant werden.

Der totale Zusammenbruch

Der totale Zusammenbruch in Deutschland hat auch für unser Bundeswerk weitreichende Folgen und größten Einfluß. Alle unsere Vereinigungen mit ihren vielen Gemeinden östlich von Oder und Neiße wurden vom Bundesleben abgeschnitten. Das bedeutet praktisch, daß etwa 43 000 Mitglieder, meistens aus alten Baptistengemeinden, in Flüchtlingsnot und Flüchtlingselend kamen, in denen sie zum großen Teil noch jetzt leben. Etwa 130–140 unserer Prediger in jenen Gebieten wurden gleichfalls heimatlos und besitzlos und standen, wie alle deutschen Menschen jener Gebiete, vor dem Nichts. Die Zahl der zerstörten gottesdienstlichen Häuser war in den letzten Wochen noch erheblicher gestiegen. Noch ist die Liste der Zerstörungen und großen Teilzerstörungen noch nicht abgeschlossen, aber so viel kann schon gesagt werden, daß die wesentlichen Häuser vernichtet sind und daß mindestens 8 Millionen RM. für den Wiederaufbau und weitere 4 Millionen RM. für die Einrichtung der Häuser notwendig sind. Sehr viele unserer Prediger haben mit ihrer Habe auch ihre Bibliotheken verloren. Das Archiv unseres Verlagshauses mit seinen wertvollen Beständen ist mit dem Verlagshaus vernichtet worden. Mit der Zerstörung [16] des Seminars ist auch die Seminarbibliothek verloren gegangen. Mehr als 30 unserer Prediger sind im Kriege gefallen oder haben durch Kriegsereignisse und Nachkriegsereignisse ihr Leben verloren. Einige von ihnen starben in märtyrerhafter Weise in den östlichen Gebieten zum Teil in grauenhafter Art. Noch ist die Liste nicht abgeschlossen, etwa 55 unserer Prediger sind noch als fehlend anzusehen, von einer ganzen Anzahl von ihnen fehlt uns bis jetzt jede Nachricht. Für die Frauen und Kinder dieser noch fehlenden Männer in einer für uns möglichen Weise zu sorgen, war uns bisher eine Ehren- und Bruderpflicht und war auch, Gott sei Dank, finanziell möglich.

So hat der totale Zusammenbruch unser Bundeswerk aufs schwerste getroffen, sowohl gebietsmäßig wie auch menschenmäßig. Es wird noch eine Weile dauern, bis wir die Zahlenreihen aufrechnen und zusammenstellen können; auch strukturell wird das, was geschehen ist, unser Bundeswerk stark beeinflussen. Die vielen Mitglieder aus dem Osten, soweit sie noch leben und nach dem Westen kommen können, beeinflussen die westlichen Gemeinden. Es ist heute noch nicht zu überschauen, welche missionarischen und andere

Wirkungen sich daraus ergeben werden. Nicht zusammengebrochen ist das große Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das Wissen um unseren Auftrag, das Wissen um unsere Verantwortung und das Bewußtsein, wir sind auch jetzt unter Gottes Führung und sind auch jetzt seine Gemeinde, die die Pforten der Hölle nicht überwältigen sollen.

Beginnende Wiedererhebung

Nach Ende des Krieges vergingen einige Monate, bis mit dem 1. Juli 1945 ein erster Postverkehr in den westlichen Zonen wieder eingerichtet werden konnte. Die Zonengrenzen erwiesen sich als wesentliche Behinderung für unser Bundesleben und für den Verkehr untereinander. Das Bundeshaus ruhte, Sparkasse und Sterbekasse lagen zunächst völlig still, weil auch ihr Geld und Wertpapierbestände den Maßnahmen in der östlichen Besatzungszone völlig zum Opfer gefallen waren. Aber mit der einsetzenden Postmöglichkeit setzten übergemeindliche Verbindungen schnell wieder ein. Bereits in der zweiten Hälfte des Juli konnte die erste Bundesleitungssitzung in Wiedenest gehalten werden. Das Bundeshaus, das [17] bis Mitte September in Groß-Giesen bei Hildesheim ganz notdürftig untergebracht war, konnte sich nur langsam entfalten. Erst mit der Übersiedlung in das Erholungshaus des Diakonissen-Mutterhauses Albertinenhaus in Bad Pyrmont in der zweiten Septemberhälfte konnte es zu einer büromäßigen Arbeit kommen. Der Geldverkehr begann, nach und nach vermehrten sich die Einnahmen, und von den vorhandenen Mitteln in den westlichen Besatzungszonen konnten die notwendigen laufenden Ausgaben bestritten werden. Schon im November konnte die zweite Bundesleitungssitzung gemeinsam mit den Vertretern der Vereinigung der westlichen Gebiete in Velbert stattfinden. Diese Sitzung stand einmal im Zeichen der Trauer um den heimgegangen [sic] ersten Vorsitzenden des Bundes, Br. F. Rockschieß, aber sie stand auch im Zeichen glaubensgewisser Erhebung und frohen Gottvertrauens. Sie beschloß die inzwischen gut angelaufene weitreichende Bruderhilfe und nahm den bekannten Haushaltsvoranschlag einmütig an. Zu unserem großen Bedauern konnten an den Sitzungen im Juli und November die Brüder aus der östlichen Besatzungszone nicht teilnehmen. Lange warteten sie umsonst auf den Besuch der Bundesleiter und schmerzlich vermißten sie die brüderliche Verbindung mit den Brüdern in den westlichen Besatzungszonen. Die Erfahrungen und die Zustände in der östlichen Besatzungszone waren weitgehend anders, so daß es nicht ohne weiteres zu einem völligen Verstehen und Mitgehen der glaubensfreudigen Beschlüsse von Velbert kommen konnte. Heute aber schon kann gesagt werden, daß die Opfergaben auf der Einnahmeseite den für uns kühnen Haushaltsvoranschlag durchaus rechtfertigen. Die Einnahmen sind bisher nicht hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Gemeinschaftspflege über die Zonengrenzen hinweg ist lebenswichtig für den inneren und äußeren Zusammenhalt des Bundes und muß nach besten Kräften gepflegt werden. Der Dienst der Bruderhilfe mit hauptamtlichen Männern wird sich noch als außerordentlich segensreich erweisen. Wenn wir sehen, in wie unerhört starkem Einsatz die Volkskirchen neben uns auf diesem Gebiet Außerordentliches tun, dann ist unser Tun nicht mehr gerade etwas Besonderes. Auf diesem Gebiet liegen in der östlichen Besatzungszone die Verhältnisse wesentlich anders als in den westlichen Zonen, und es ist gut zu verstehen, daß in der östlichen Besatzungszone der große Gedanke des hauptamtlichen Dienstes noch nicht ohne weiteres als notwendig anerkannt wird.

[18] Der schnelle Einsatz hauptamtlicher Kräfte für den Jugend- und Kinderdienst erweist sich jetzt schon als besonders segensreich und hat uns auf diesen Gebieten einen Vorsprung gebracht. Die Kindergartenarbeit bedarf noch sehr der Pflege und der vollen Anerkennung. Die begehrte und erwünschte Zeltarbeit hat sich für dieses Jahr leider prak-

tisch nicht mehr ermöglichen lassen. Es wird aber alles getan werden, um die Vorbereitungen für das kommende Jahr nach Möglichkeit zu fördern. Der große Dienst an elternlosen Kindern liegt noch im wesentlichen vor uns. Das uns von unserem Ehepaar Max und Käthe Brüning geschenkte Waisenhaus in Bensheim-Auerbach konnte bisher noch nicht in Betrieb genommen werden. Der Notariatsvertrag ist abgeschlossen und die grundbuchliche Übereignung wie auch die Freistellung des Hauses von der Besatzungsbehörde ist zu erwarten. Bisher hat sich die merkwürdige Tatsache ergeben, daß sich wesentlich mehr Eltern zur Aufnahme von Waisenkindern gemeldet haben, als Kinder zur Unterbringung angemeldet wurden.

Das Anlaufen unserer Zeitschriften, wie überhaupt des Verlagshauses geht über Erwartungen langsam vor sich. Wahrscheinlich noch langsamer wird es mit dem Wiederaufbau unserer zerstörten Gemeinde- und Bundeshäuser gehen. In einem gewissen Umfang treiben wir auch jetzt noch Ostmission. Wir unterstützten wesentlich die Arbeit des slawischen Bundes in Deutschland und die Arbeit der lettischen Prediger an ihren Landsleuten in unserem Vaterland. Der Dienst der Reiseprediger hat sich erweitert, eine Anzahl jüngerer Brüder hat sich freudigen Herzens dem Werk des Herrn zur Verfügung gestellt. Unverhältnismäßig stark und schnell konnte es gelingen, die Prediger aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in neue Gemeinde- und Missionsarbeit zu bringen. Hierbei zeigte sich so viel Liebe, so viel guter Wille und so viel Verständnis, daß dieses an sich große Notkapitel zu einem Kapitel des besonderen Dankes und der besonderen Stärkung des Glaubens werden konnte. Es brauchte keine Umschulung unserer Prediger vorgenommen zu werden. Alle Brüder konnten nach und nach, wenn auch oft in bescheidener Weise und zunächst behelfsmäßig, in neue Arbeit gebracht werden. Dabei zeigte es sich auch, daß in staunenswerter Weise die Geldmittel ausreichten und die Opferwilligkeit in dem Umfange wuchs, wie sich neue Möglichkeiten zeigten und neue Arbeiten begonnen [19] wurden. Besonders in Nordwestdeutschland und in Hannover, aber auch in gewissen Teilen Süddeutschlands [sic] und des Hessenlandes bildeten sich kleinere und größere Mittelpunkte von Flüchtlingen, die den Ansatz für neue Gemeinden geben können. Es kann auch wohl damit gerechnet werden, daß die zurückkehrenden Prediger zum Missionseinsatz kommen können. Die bisher sichtbaren Schwierigkeiten sind längst nicht so umfassend und tiefgehend, wie wir das erwarten mußten. Vielmehr zeigt es sich, daß bei dem durchschnittlich guten Willen auch in den ausgesprochenen Notlagen Glaubenszuversicht und Liebesgemeinschaft sich besonders stark ausprägen.

Die Gemeinschaft mit den verwandten Bündnissen in Amerika und England kam verhältnismäßig schnell in Gang. Einige Prediger, die als Feldgeistliche in der amerikanischen und englischen Armee dienten, knüpften die ersten Fäden von hüten nach drüben. Der Generalsekretär des Weltbundes war von Anfang Dezember bis Anfang Februar in unserem Lande und konnte sich persönlich von der Lage überzeugen. Dr. Lewis, der Europa seit mehr als zwanzig Jahren kennt und auch häufig bei uns in Deutschland war, hat schnell und stark die Verbindung mit uns gesucht und sie gefunden. Der Präsident des Weltbundes hat eine Grußbotschaft an uns gesandt, der Bund der evangelischen Freikirchen in England hat uns mit einem besonderen Schreiben begrüßt, und Dr. Kuhn, der Generalsekretär der früheren deutschen Gemeinden in Nordamerika, hat uns einen herzlich gehaltenen Brief geschrieben und praktische Hilfe für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. So ist verhältnismäßig schnell, stark und vielseitig das Gemeinde- und Bundesleben neu erwacht und zu neuer Hoffnung verheißender Art zur Entfaltung gekommen. Das gibt wahrhaftig Grund zu Dank und Anbetung.

Fragen, Aufgaben, Ziel und Wegrichtung für heute und morgen

Neben dieser verhältnismäßig schnellen Wiederaufrichtung auf wichtigen Lebensgebieten des Bundes haben sich auch andere Erscheinungen gezeigt, die stark berücksichtigt werden wollen und von nicht geringer Bedeutung sind. Der totale Zusammenbruch Deutschlands hat es mit sich gebracht, daß im politischen Raum die Schuldfrage in einer Form aufgeworfen und behandelt wurde, wie es bisher wohl kaum je geschehen ist. Der totale Zusammenbruch eines Gewaltsystems, das Anspruch auf den ganzen Menschen gemacht hatte, und das sich dann doch so schwer an den Schöpfungs- und Grundordnungen Gottes vergangen hat, mußte Folgen haben, wie wir sie jetzt erleben. Es ist nicht wunderbar, daß die Schuldfrage nicht nur von den Siegermächten aufgeworfen und behandelt wird, sondern daß sie auch von vielen deutschen Menschen, selbst von den Kirchen gestellt und behandelt wird. Die evangelische Kirche hat sich zur Kollektivschuld bekannt und ein dementsprechendes Bekenntnis vor aller Welt abgelegt. Die katholische Kirche hat von einem solchen Kollektivbekenntnis und von der Anerkennung einer Kollektivschuld aller Abstand genommen. Die Schuldfrage aber wird auch unter uns gestellt. Dabei entsteht natürlich zunächst die Frage, hat die Gemeinde Jesu das Wächteramt in ihrem Volk, wie etwa die Propheten es in Israel hatten? Hat die Gemeinde Jesu einen Auftrag für das ganze Volk in dem Sinne, daß es die Verantwortung [sic] für den Geist und die Sittlichkeit des Volkes trägt? Kann die Gemeinde schuldig werden im Ganzen, wenn sie nicht gegen besondere Sünden der Staatsführung öffentlich Protest erhebt? Kann die Gemeinde Jesu durch ihr glaubensstarkes Verhalten in Verkündigung und Leben den Verfall eines Volkes aufhalten und kann sie als mitschuldig angesprochen werden, wenn ein so starker Verfall der sittlichen Kräfte und ein so tiefer Sturz des Volkes erfolgt, wie es jetzt der Fall ist? Nach unserer bisherigen Erkenntnis war es so, daß die Gemeinde Jesu die Heilsbotschaft zu verkündigen und zu verkörpern hat, daß sie aber nicht den Auftrag und die Kraft hat, ein ganzes Volk zu bewahren und zu behüten. Schuldbekenntnisse können aber auch nur dann abgegeben werden, wenn jemand vor Gott steht und sich vor Gott in Schuld weiß, nicht aber um dadurch irgendeiner Gruppe von Christen irgendwo zu gefallen oder irgendwo und irgendwann schneller einen neuen Lebensanschluß zu finden oder irgendwie einzugliedern. Schuld vor Gott in dem Sinne, daß nicht die vollen Gnaden und Gaben Jesu ganz genommen und voll ausgewertet wurden, wird die Gemeinde immer auf sich nehmen müssen, weil sie wohl stets zu kurz kommt. Ob aber durch ihre größte Treue der Verfall eines Volkes aufgehoben oder verhindert werden kann, das ist vom Neuen Testament her nicht zu erweisen. So bleibt wahrscheinlich die Schuldfrage eine offene Frage im Raum der Gemeinde Jesu. Für den politischen Raum und die Behandlung der Schuldfragen in diesem Raum sprechen wir hier nicht.

Und eine andere Frage erhebt sich, die der Entnazifizierung. Auch diese Frage ist im politischen Raum entstanden und wird im politischen Raum behandelt. Im Raum der Gemeinde Jesu kann doch die Frage nur lauten: Ist durch die Zugehörigkeit zu einer Partei das Glaubensleben gestört, wird jemand schuldig am Zeugnis Jesu, verschreibt sich jemand fremden Gesetzen und dient jemand einem anderen Herrn? Ist das der Fall, dann wird das Zuchtmittel der Gemeinde anzuwenden sein. Geschieht das aber nicht, dann kann die im Weltraum verständliche, vielleicht sogar wichtige Frage im Raum der Gemeinde nicht von Wichtigkeit sein, und wird sie noch so laut erhoben oder aus Zweckmäßigkeitsgründen von irgendeiner Seite gestellt. Nur da, wo die staatliche Gewalt von sich aus über die Vollmacht und Autorität der Gemeinde hinweg zu Eingriffen kommt, wird sich die Gemeinde fügen müssen, wenn sie all ihre Mittel, diesen Eingriff zu verhindern, erschöpft hat. Die Gemeinde selber aber wird immer gut tun, wenn sie auch auf

diesem Gebiet die innergemeindlichen Maßstäbe zur Anwendung bringt und den Grundgesetzen des Neuen Testaments folgt.

Und noch eine wichtige und schwere Frage ist mit dem totalen Zusammenbruch aufgetaucht. Waren unsere Zusammenschlüsse richtig? Hat sich unsere Überzeugung, daß wir uns auf Grund von Joh. 17 zum stärkeren Zeugnis an die Welt auch äußerlich erkennbar zusammenschließen sollen, als falsche Überzeugung erwiesen? Wenn wir auf gewisse Bestrebungen und Bewegungen, die sich da und dort bei uns zeigen, schauen, dann könnte man das fast meinen. Die größere persönliche Freiheit der einzelnen, die wir nur begrüßen können und für die wir Gott danken, scheint sich dem Satz von der Einheit bei aller Mannigfaltigkeit der Erkenntnisse, der Formen und des Brauchtums entgegenstellen zu wollen. Hier stehen wir an einem wichtigen Punkt, an dem sich unser Weg neu ausrichten muß auf Grund der Schrift und der gegenwärtigen Lage.

Schon nach einem Jahr läßt sich erkennen, daß die Zurückführung unseres Volkes zu christlicher Lebenshaltung kaum möglich ist. Und doch scheint es so, als ob an eine Zukunft unseres Volkes, im Ganzen gesehen, ohne die Rückkehr zu christlicher Grundhaltung nicht zu denken sei. Die Zerteilung [22] der Christengemeinden im alten Stil wird die Zeugniskraft des Evangeliums schwächen, und kann deshalb zur Schuld werden. Der Grund für unseren Zusammenschluß und für die grundsätzliche Betonung der Zusammenführung der lebendigen Christen zu einer Zeugnismgemeinschaft, liegt nicht in einer bestimmten Situation begründet, sondern einzig und allein in der Forderung der Schrift und in der Tatsache, daß unser Volk als Ganzes im Begriff ist, den hellen Raum der Offenbarung Gottes in Christus zu verlassen. Die Verantwortung der Christen ist in dieser Situation ungeheuer groß, und hier kann in der Tat eine echte Schuld entstehen, wenn nicht besonders fein auf das Wort Gottes und die Bedürfnisse unserer Zeit geachtet wird. Erfolg oder Mißerfolg sind längst nicht immer die Maßstäbe für einen richtigen christlichen Weg, besonders dann nicht, wenn in lebendiger Weise darum gerungen wird, den Befehl des Herrn besser zu verstehen, seine Wünsche klarer zu erkennen und seinen Weg entschlossener zu gehen, als es bisher der Fall war. Es wird sich jetzt auch bei uns zeigen, ob wir aus Glauben heraus gehandelt haben und bereit sind, um des Zeugnisses willen im Glauben weiter zu gehen, auch wenn sich daraus Erschwernisse und Nöte ergeben.

Und schließlich ist es noch eine Frage, die der totale Sturz wachgerufen hat. Müssen wir jetzt nicht sogleich Organisations- und Verfassungsänderungen vornehmen, muß nicht sogleich alles auf einen neuen Nenner gebracht werden und muß nicht zumindestens sehr sorgfältig alles auf formal-demokratisches Maß zurückgeführt werden? Diese Frage ist gewiß für die Gemeinde Jesu nur eine Randfrage und sollte deshalb auch nur so behandelt werden. Das Entscheidende in der Gemeinde des Herrn ist nicht die geschriebene und formale Ordnung, sondern die gesetzte geistliche Persönlichkeit. Ordnungen können sich wandeln. Verfassungen können geändert werden, aber für die Kraft und für die Lebendigkeit der Gemeinde im Sinne ihres Herrn bedeutet das sehr wenig, manchmal auch nichts. Je bewußter das der Gemeinde bleibt, um so weniger wird sie geneigt sein, sich in formale Ordnungs- und Verfassungsfragen zu verlieren oder gar von deren Änderungen Heil und Hilfe erwarten.

Die große Aufgabe des Bundes und seiner Gemeinden wird es sein, in missionarischer Kraft und in großer Liebesbereitschaft das Zeugnis ihres [23] Herrn in der Verkündigung, am Tisch, am Taufwasser und in der Lebensführung überzeugend und glaubhaft abzulegen. Ob wir damit unser Volk als ganzes zurückführen können in eine vertiefte Verbundenheit mit dem Willen Gottes, können wir nicht wissen, daß wir aber damit den Willen unseres Herrn erfüllen, der uns gesetzten Aufgabe gerecht werden, dürfte über jedem Zweifel erhaben sein.

Schlußbemerkung

Diese Tagung kann sich im Zurückschauen nicht erschöpfen. Sie hat eine neue Bundesleitung zu wählen, weil die Arbeitsperiode der bisherigen Bundesleitung zu Ende ist. Sie kann die Gemeinden zu vermehrter Treue und zu noch stärkerem Zeugnis aufrufen, sie kann herzlich bitten, von allen Trennungsmaßnahmen abzusehen, sie kann die Brüder in anderen Ländern grüßen und ihnen eine Botschaft herzlicher Verbundenheit schicken. Sie kann sich stark und eindeutig zur Einheit der Kinder Gottes bekennen und sie kann durch ihre glaubensfreudige Einmütigkeit ein großes Beispiel für die Notwendigkeiten unserer heutigen Lage geben. Sie kann auf das Gebet des Glaubens hin in besonderer Weise mit der Kraft des Heiligen Geistes erfüllt werden, um dadurch in Stand gesetzt zu sein, wegweisend zu wirken, zu dienen und Gott zu ehren. Das schenke Gott dieser Tagung in Gnaden!